

### 6.3 Der Tugenddiskurs gegen individuelle und ökonomische Freiheit

Aber nicht bloß die Föderalisten, auch die Konservativen unter den Antiföderalisten begründeten ihr Misstrauen gegenüber freien Märkten mit einer fortschrittsskeptischen Position. Diese Männer standen unter dem Einfluss der Ethik des Puritanismus und waren daher überzeugt: Industrie und Kommerz würden zu einem Zerfall der Tugend führen. In ihrem Kampf gegen eine luxuriöse Lebensweise kritisierten diese Männer die Einfuhr von Waren aus England und propagierten einen regionalen Protektionismus, einschließlich der Kontrolle von Preisen und der öffentlichen Anprangerung von Spekulanten. An die Stelle von politischer Ökonomie sollte ökonomische Moral treten.<sup>13</sup>

Diese Tugendethik ging auf den klassischen Republikanismus genauso wie auf die protestantische Kultur zurück. Sie wirkte dem Bestreben der Starkliberalen entgegen, institutionelle Reformen im Sinne der individuellen Freiheit rational zu planen. Es spielte gerade bei den Antiföderalisten die Vorstellung eine große Rolle, dass die Bürger nur in einer kleinteiligen Demokratie »tugendhaft« sein könnten, die sich von Luxus, übertriebenem Handel und industrieller Produktion fernhält. Sie verteidigten die regionale Demokratie, die zuweilen als Gesinnungsrepublik auch offen antiliberal Züge tragen konnte, gegen die als bedrohlich empfundene Marktfreiheit.

Ebenfalls unter dem Einfluss des Tugenddiskurses wendeten die Föderalisten die republikanische Tradition ins Antirepublikanische. Demokratie und Republik waren, anders als in früheren politischen und philosophischen Diskursen, während der Amerikanischen Revolution quasi Synonyme geworden. Nun versuchten die Föderalisten, diese Verbindung aufzulösen und so eine Konterrevolution einzuleiten. Eine auf dem allgemeinen Wahlrecht gründende Demokratie war für sie nicht existenzfähig, weil eine solche Demokratie die Tugendhaftigkeit aller Bürger zur Vor-

---

13 Zum Einfluss der Ethik des Puritanismus auf die ökonomischen Kontroversen in den frühen Jahren der USA siehe Edmund S. Morgan: *The Challenge of the American Revolution*, New York 1976, Kapitel IV *The Puritan Ethic and the American Revolution*, S. 88–138, und Jürgen Honeck: *Versorgungskrise und »Spekulantentum« in der Amerikanischen Revolution*, Phil. Diss., Darmstadt 1990. Über die Fronten des Diskurses heißt es bei Honeck: »In den amerikanischen Abgeordnetenhäusern bildeten sich zwei Gruppierungen unter den Abgeordneten heraus. Erstens: Der ›agrarisch-lokalistische‹ Block, und zweitens: Der ›kommerziell-kosmopolitische‹ Block. Die Abgeordneten des ersten Blocks stammten vorwiegend aus Gebieten, in denen Subsistenzwirtschaft vorherrschte, während die Abgeordneten des zweiten Blocks aus Gebieten kamen, die in einen Marktexus einbezogen waren.« (S. 193f.) Zum Tugenddiskurs bei Thomas Jefferson, vor allem im Kontext von Themen wie Bürgerschaft, Bauernschaft, Arbeit und Außenhandel, siehe Peter Bergmair, wie Anm. 8 Kap. 5, S. 124–143. Für Honeck würde Jefferson wohl zum agrarisch-lokalistischen Block gehören.

aussetzung habe; deshalb müsse eine Republik errichtet werden, in der die Herrschaft in den Händen einer kleinen Elite tugendhafter Männer liege.<sup>14</sup>

Aufgrund dieser Position bekam das Denken der Föderalisten, vom liberalen Standpunkt aus betrachtet, eine gegen das Institutionalisieren gerichtete Tendenz. Zwar entwarfen die Föderalisten eine Reihe von Institutionen, um den Regierungsapparat vor dem Einfluss der wenig tugendhaften Masse der Bürger zu schützen; aber wegen ihres Vertrauens auf die Tugendhaftigkeit der Elite dachten sie nicht daran, die Bürger institutionell vor der Gefahr zu schützen, die von einer allzu mächtigen Exekutive ausgehen würde. Zugleich schürten sie den Tugendddiskurs, indem die ihnen nahestehende Presse Paines Buch *Das Zeitalter der Vernunft* – eine Auseinandersetzung mit dem Christentum aus der Sicht der Menschenrechte<sup>15</sup> – in Grund und Boden verdammt. Sie übten so in der Öffentlichkeit einen enormen Druck aus, um ihren antiliberalen Modernismus durchzusetzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Was den Antiliberalismus betrifft, so zeigen sich Gemeinsamkeiten zwischen Föderalisten und Teilen der Antiföderalisten. Kaum entwickelt war in beiden Strömungen – gemessen an den großartigen Möglichkeiten der Gestaltung des politischen Lebens in den dreizehn Gründungsstaaten – die Bereitschaft zur Schaffung eines institutionell gesicherten Rahmens, innerhalb dessen die Freiheit der Individuen und die Freiheit des Marktes sich weiter hätten entfalten können.

Die Haltung der Föderalisten, so muss man hinzufügen, deckt sich zu relevanten Teilen mit dem, was in unseren Tagen für modern gehalten wird. Heute gilt es als Voraussetzung der »repräsentativen Demokratie«, dass sie nicht mehr als ein Minimum demokratisch legitimierter Partizipation kennt. Die Bürger haben gerade so viel Recht und Macht, dass das politische System einen im Wesentlichen gewaltfreien Ausgleich der Interessen ermöglicht. Die Idee, dass Repräsentation demokratisch nur funktioniert, wenn sie auf einem Maximum direkter Kontrolle beruht, einschließlich starker plebiszitärer Elemente – diese Idee wird als antiparlamentarisch, ja verfassungsfeindlich verworfen. Genau dies war schon der Standpunkt der Föderalisten; selbst ihre Motive gleichen den uns heute vertrauten: Die Demokratie wurde schon damals, wenn sie »überhandnahm«, als Bremse der freien Entfaltung der Kapitalakkumulation angesehen und deshalb bekämpft.

Die Idee einer gebremsten Demokratie, das gängige Konzept des modernen Verfassungsstaates, wird noch heute als einziger Weg zwischen den gefährlichen Extre-

---

14 Zur »Reduzierung des Tugenderfordernisses auf eine Elite« siehe Hans-Christoph Schröder, wie Anm. 11 Kap. 5, S. 142f.

15 Thomas Paine: *The Age of Reason*, in: Moncure Daniel Conway (Hg.): *The Writings of Thomas Paine*, Bd. IV, New York und London 1896, S. 1–195. Für eine genaue Darstellung des Buches *The Age of Reason* siehe Jonathan C. D. Clark, wie Anm. 26 Kap. 5, S. 331–349.

men einer Anarchie oder einer Diktatur angesehen. Wie falsch diese Annahme ist, zeigt ein Blick auf die Geschichte.

## 6.4 Von der halbierten Demokratie zur Despotie

Die Männer, die das Konzept der halbierten, also gezähmten oder gebremsten Demokratie erstmals zur konstitutionellen Basis eines großen Staates gemacht hatten, hatten selbst nicht erwartet, dieses System könne sich mit der Zeit als stabil erweisen. Durch die Halbierung der Demokratie wollten Politiker wie Adams und Hamilton nicht etwa die Demokratie als solche festigen; vielmehr sahen sie in der halbierten Demokratie nur den ersten Schritt zur Errichtung einer modernen Aristokratie.<sup>16</sup>

Ja, in den USA entstand recht bald eine neue Aristokratie; aber, sie wurde nicht auf den Ruinen des Feudalismus errichtet. Als zweiter Präsident der Vereinigten Staaten agierte Adams nicht wie ein reaktionärer Loyalist. Er war ein – wenn auch gemäßigter – Revolutionär im Unabhängigkeitskampf gewesen und ein Vorkämpfer einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Doch wie war es möglich, dass er und so viele andere Revolutionäre zugleich Konterrevolutionäre sein konnten?

Die Art der Veränderung, die der schwache Liberalismus für die Wirtschaft anstrebte, erforderte in Bezug auf die Menschenrechte eine konservative Politik. Es ging um eine Strategie der Stagnation. Durch einen fast zentralverwaltungswirtschaftlichen Protektionismus sollte die bis dahin in den USA noch kaum entwickelte Konzentration von Kapital in den Händen weniger Unternehmen seitens des Staates gefördert werden. Administrativ sollte dafür gesorgt werden, den Leistungswettbewerb auf den Märkten zu kanalisieren oder sogar auszuschalten. Um dieser Umwälzung der Wirtschaft einen reibungslosen Ablauf zu sichern, sollte planvoll ein Bollwerk gegen demokratische Veränderungen errichtet werden. Hamilton zum Beispiel erklärte, er habe in seiner Tätigkeit als Finanzminister auf eine Politik des Beharrens gesetzt. Es ging ihm darum, die Regierung und die Eigentumsbesitzer durch gewisse Maßnahmen vor der »Unbeständigkeit des öffentlichen Rates«, also der Volksvertretung, zu schützen.<sup>17</sup>

---

16 Thomas Jefferson: *Brief an George Washington*, 23. Mai 1792, in: Merrill D. Peterson (Hg.): *Thomas Jefferson. Writings*, New York 1984, S. 987. Es war kein Geringerer als Jefferson, der diese Gefahr früh erkannte. 1792 warnte er Washington, damals Präsident der USA, es gebe starke Kräfte, welche die Vereinigten Staaten von einer Republik in eine Monarchie nach dem Vorbild der englischen Verfassung verwandeln wollten.

17 Alexander Hamilton: *Defence of the Funding System*, in: Henry Cabot Lodge (Hg.): *The Works of Alexander Hamilton*, Bd. VII, New York und London 1886, S. 378–468, Zitat S. 397f. Das hier referierte finanzpolitische Papier wurde offenbar erst verfasst, nachdem Hamilton 1795 aus dem Amt geschieden war. (S. 378)